

SuedLink

BBPIG-Vorhaben 3, HGÜ-Verbindung Brunsbüttel - Großgartach
BBPIG-Vorhaben 4, HGÜ-Verbindung Wilster - Bergrheinfeld/West
Leitung-Nr.: LH-16-10001 / LH-16-10002

Vorhabenträger:

TRAN̄SNET BW

Ersteller:



ILF Consulting Engineers Austria GmbH
Feldkreuzstraße 3
6063 Rum bei Innsbruck
Österreich

Dokumentenzählr.: SLPS-ICE-013896-MA-DEU

Planfeststellung

**Planfeststellungsabschnitt D2
von km 0+000 bis 62+501**

Unterlagen nach § 21 NABEG

**Teil A00
Erläuterungsbericht zu Planänderung II**

00	30.10.2025	PLANÄNDERUNG II	Julia Zippold	Franziska Fieg	Christoph Ladenhauf
Vers.	Datum	Ausgabe	Erstellt	Geprüft	Freigegeben

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	2
Abkürzungsverzeichnis.....	3
1 Einleitung	4
1.1 SuedLink.....	4
1.2 Einordnung der Unterlage	4
1.3 Inhalt und Zweck des Dokuments.....	4
2 Genehmigungsrechtliche Einordnung.....	5
2.1 Vorausgegangene Planungsschritte.....	5
2.1.1 Einreichung des Plans und der Unterlagen gemäß § 21 Absatz 1 NABEG Anhörungsverfahren nach § 22 NABEG	5
2.1.2 Feststellung des Plans nach § 24 NABEG.....	5
2.2 Rechtliche Grundlagen.....	5
3 Beschreibung der geänderten Planungen	7
3.1 Veranlassung	7
3.2 Kennzeichnung	7
3.3 Planänderungen.....	9
3.3.1 Übergeordnetes Thema 1: Anpassung der Kabellagen im Bereich geschlossener Querungen mit einhergehenden Änderungen des Schutzstreifens.....	9

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Erläuterung
AG	Arbeitsgruppe
ACEF	A = Ausgleichsmaßnahme, CEF = funktionserhaltende Maßnahme (vorgezogene Umsetzung)
AFP	Ausführungsplanung
AVZ	Allgemeinverständliche Zusammenfassung
BBPIG	Bundesbedarfsplangesetz
BNetzA	Bundesnetzagentur
fTK	festgesetzter Trassenkorridor
GIS	Geographisches Informationssystem
HGÜ	Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung
KA	Kabelachsabstand
LWL-HDD	Lichtwellenleiter-Horizontal Directional Drilling (Horizontalspülbohrung)
LWL-ZS	Lichtwellenleiter-Zwischenstation
NABEG	Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz
TEN-E-VO	Transeuropäische Netze – Energie-Verordnung

1 Einleitung

1.1 SuedLink

SuedLink ist ein Netzausbauprojekt des Stromübertragungsnetzes, das als Erdkabelverbindung geplant wird. SuedLink besteht aus je einer Verbindung zwischen Brunsbüttel in Schleswig-Holstein und Großgartach in Baden-Württemberg (diese Verbindung wird in der Anlage zum Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) als „Vorhaben Nr. 3“ geführt) sowie zwischen Wilster in Schleswig-Holstein und Bergrheinfeld/West in Bayern (diese Verbindung wird in der Anlage zum BBPlG als „Vorhaben Nr. 4“ geführt). Rechtlich handelt es sich um zwei eigenständige Vorhaben, für die jeweils eigene Anträge auf Planfeststellungsbeschluss gestellt wurden. Die Planfeststellungsverfahren werden für die beiden genannten Vorhaben im Bereich der Stammstrecke verfahrensrechtlich verbunden. SuedLink ist in 15 Planfeststellungsabschnitte unterteilt. Die gegenständliche Unterlage ist Bestandteil der Unterlagen zur Planänderung II im Planfeststellungsabschnitt D2.

Für weitergehende Informationen zu SuedLink und zum Planfeststellungsverfahren wird auf die Kapitel 0 ff im Teil A01 der Unterlagen gem. § 21 NABEG verwiesen.

1.2 Einordnung der Unterlage

Das vorliegende Dokument Teil A00 „Erläuterungsbericht zur Planänderung wird mit Einreichung zum Bestandteil der Unterlagen gemäß § 21 NABEG für SuedLink im Planfeststellungsabschnitt D2, mit der der Vorhabenträger eine beabsichtigte Änderung des bereits festgestellten Plans anzeigt.

1.3 Inhalt und Zweck des Dokuments

Gegenstand des vorliegenden Dokumentes ist eine Beschreibung und Erläuterung der beabsichtigten Planänderungen.

2 Genehmigungrechtliche Einordnung

2.1 Vorausgegangene Planungsschritte

2.1.1 Einreichung des Plans und der Unterlagen gemäß § 21 Absatz 1 NABEG Anhörungsverfahren nach § 22 NABEG

Der Vorhabenträger hat den Plan und die Unterlagen gemäß § 21 Absatz 1 NABEG für den Planfeststellungsabschnitt D2 am 04.12.2023 bei der Bundesnetzagentur eingereicht. Dies erfolgte auf Grundlage der Anträge auf Planfeststellungsbeschluss gemäß § 19 NABEG vom 11.12.2020, des anschließenden schriftlichen Verfahrens gemäß § 5 PlanSiG und des daraufhin von der BNetzA festgelegten Untersuchungsrahmens gemäß § 20 Absatz 3 NABEG vom 28.05.2021. Im Übrigen wird hierzu auf Teil A01 „Erläuterungsbericht“, Kapitel 2.3 der Planfeststellungsunterlagen verwiesen.

Die Bundesnetzagentur hat die Träger öffentlicher Belange (TöB), die von dem Vorhaben berührt sind, zur Stellungnahme zum eingereichten Plan aufgefordert. Darüber hinaus konnten anerkannte Umweltvereinigungen sowie Personen, deren Belange durch das Vorhaben berührt werden, vom 29.01.2024 bis 28.03.2024 Einwendungen gegen den Plan erheben. Dazu wurden die Unterlagen ab dem 29.01.2024 in elektronischer Form auf der Beteiligungsplattform der BNetzA im Internet veröffentlicht.

Die Bundesnetzagentur diskutierte beim nicht-öffentlichen Erörterungstermin zwischen 09:00 Uhr und 14:33 Uhr am 08.10.2024 in Bad Neustadt an der Saale die rechtzeitig erhobenen Einwendungen und Stellungnahmen. Hauptthemen waren die Flächenauswahl der Bodenaufbereitungsflächen und Zentralen Baulager, die Auswirkungen auf das Grundwasser und die Trinkwasserversorgung, Vorgehen und Absprachen bei Kreuzungsvereinbarungen, der Feldhamster sowie die Befürchtungen einzelner Bürger hinsichtlich Erschütterung, Baustellenverkehr und Bodenerwärmung durch die in Betrieb genommenen Kabel.

Für die Planänderung II relevante Themen ergaben sich nicht.

2.1.2 Feststellung des Plans nach § 24 NABEG

Der Planfeststellungsbeschluss gemäß § 24 Abs. 1 NABEG für den Abschnitt D2 wurde am 27.06.2025 (Gz.: 804 - 6.07.01.02/3-2-12#15) erteilt.

2.2 Rechtliche Grundlagen

Die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung ist nicht erforderlich. Das Erfordernis einer Umweltverträglichkeitsprüfung wird für Änderungen an Vorhaben, die unabhängig von Größen- oder Leistungswerten UVP-pflichtig sind und für die eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt worden ist, in § 9 Abs. 1 Satz 2 UVPG geregelt. Danach ist für derartige Änderungsvorhaben eine Vorprüfung durchzuführen. Die UVP-Pflicht besteht, wenn diese Vorprüfung ergibt, dass die Änderung erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen hervorrufen kann. Dies ist bei der verfahrensgegenständlichen Planänderung nicht der Fall. Die vorgenommene Vorprüfung hat ergeben, dass erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen nicht zu erwarten sind. Wegen der Einzelheiten wird auf Anhang 01 zu diesem Erläuterungsbericht verwiesen.

Die antragsgegenständliche Planänderung macht ein neues Planfeststellungsverfahren erforderlich, § 76 Abs.1 VwVfG. Es wird jedoch ein Verzicht auf das Anhörungsverfahren und die öffentliche Bekanntgabe des Planfeststellungsbeschlusses gemäß § 76 Abs. 3 VwVfG (sog. vereinfachten Planfeststellungsverfahren) angeregt. Die Voraussetzungen nach dieser Vorschrift liegen vor. Auch wenn die Belange anderer durch die Änderung berührt sind und deshalb nicht gemäß § 76 Abs. 2 VwVfG von einem Planfeststellungsverfahren abgesehen werden kann, handelt es sich objektiv doch um eine Änderung von unwesentlicher Bedeutung. Eine Änderung wird von der Rechtsprechung dann für unwesentlich erachtet, wenn die mit der Planung verfolgte Zielsetzung unberührt bleibt und wenn die beabsichtigte Änderung die bereits getroffene Abwägung aller einzustellenden Belange in ihrer Struktur unberührt lässt; das wird stets der Fall sein, wenn Umfang und Zweck des Vorhabens unverändert bleiben und wenn zusätzliche belastende Auswirkungen von "einigem" Gewicht sowohl auf die Umgebung als auch hinsichtlich der Belange einzelner auszuschließen sind (BVerwG, Urteil vom 20. Oktober 1989 – 4 C 12/87 –, BVerwGE 84, 31-49, Rn. 27 zu § 18c Abs. 2 FStrG a. F.; BVerwG, Urteil vom 16. Mai 2018 – 9 A 4/17 –, BVerwGE 162, 102-114, Rn. 38). Ein Fall, der bereits aufgrund rechtlicher Vorgaben regelmäßig zur Wesentlichkeit einer Änderung führt, ist deren UVP-Pflichtigkeit. Hierfür spricht – neben verfahrensrechtlichen Zwängen – auch der Umstand, dass von derartigen Vorhaben regelmäßig entsprechende Auswirkungen zu erwarten sein dürften.¹ Ist ein Änderungsvorhaben UVP-pflichtig, kann nicht von einer Unwesentlichkeit ausgegangen werden (Wickel, in: HK-VerwR, 5. Aufl. 2021, VwVfG § 76 Rn. 25).

Ausgehend von diesem Maßstab ist die vorliegende Planänderung als unwesentlich einzustufen. Für die Änderung ist insbesondere keine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich.

Auch im Übrigen ist nicht ersichtlich, dass die Struktur der bereits getroffenen Abwägung berührt würden. Umfang und Zweck der Vorhaben/s bleiben erhalten, zusätzliche Auswirkungen von einigem Gewicht sind nicht erkennbar. Es handelt sich um die bereichsweise Erweiterung des Schutzstreifens aufgrund von leicht veränderten Kabellagen und -verläufen.

Im Folgenden ist die Anzahl am Flurstücken je geschlossener Querung, die im Zuge der Anpassung des Schutzstreifens mehr betroffen sind (siehe Kapitel 3):

1. H-D2-40-009-V0 | Bahra | km 9+813 bis 10+270

Gemarkung Oberstreu: 1 Flurstück

2. H-D2-41-006-V0 | Biotope, NES3 | km 19+076 bis 19+458

Gemarkung Eichenhausen: 1 Flurstück, Gemarkung Rödelmaier: 3 Flurstücke

3. H-D2-41-007-V0 | Ebersbach | km 19+696 bis 20+026

Gemarkung Rödelmaier: 24 Flurstücke

4. H-D2-41-009-V0 | Strasse | km 22+320 bis 23+200

Gemarkung Strahlungen: 10 Flurstücke

5. H-D2-41-010-V0 | NES15 | km 23+200 bis 23+980

Gemarkung Strahlungen: 3 Flurstücke

6. H-D2-41-011-V0 | Forst Bildhausen | km 23+980 bis 26+800

¹ Wickel, in: HK-VerwR, 5. Aufl. 2021, VwVfG § 76 Rn. 25.

Gemarkung Strahlungen: 7 Flurstücke

7. H-D2-42-008-V0 | Biotop (VVT) | km 34+520 bis 34+780

Gemarkung Poppenlauer: 6 Flurstücke

8. H-D2-43-001-V4 | Neue Strasse (SW19) | km 45+300 bis 45+600

Gemarkung Pfersdorf: 3 Flurstücke

9. H-D2-43-005-V4 | Gewässer, Wald | km 47+700 bis 48+350

Gemarkungen Hain und Poppenhausen: keine Flurstücke

10. H-D2-43-015-V4 | B303 | km 53+780 bis 54+220

Gemarkung Euerbach: 1 Flurstück, Gemarkung Oberwerrn: 3 Flurstücke, Gemarkung Geldersheim: 4 Flurstücke

11. H-D2-43-016-V4 | Biegenbach (Euerbach, Asbach) | km 55+000 bis 56+000

Gemarkung Geldersheim: 18 Flurstücke

12. H-D2-43-019-V4 | St2277 | km 59+500 bis 60+080

Gemarkung Bergrheinfeld: 7 Flurstücke.

3 Beschreibung der geänderten Planungen

3.1 Veranlassung

Im Rahmen der Ausführungsplanung ergab sich bei einem Teil der Querungen in geschlossener Bauweise, begründet durch inzwischen detailliert vorliegende Erkenntnisse zum Baugrund, vor allem aus kabel-thermischen Gründen, die Erfordernis der Anpassung der Kabelachsabstände. Hieraus resultieren Auswirkungen auf Kabeltiefen im Verlauf der Bohrungen und die Bereiche der Antrassierung zu den Querungen (Umsetzung der notwendigen Biegeradien der Kabel), welche mit Anpassungen des Schutzstreifens einhergehen. Dies macht eine Anpassung, Änderung bzw. Konkretisierung der nach § 21 NABEG eingereichten Planfeststellungsunterlagen in Teilbereichen erforderlich. Daher ergibt sich hier das Erfordernis einer Planänderung im Sinne des § 76 VwVfG.

3.2 Kennzeichnung

Dokumente des vorangegangenen Genehmigungsverfahrens, die von einer Planänderung inhaltlich berührt werden und daher Überarbeitungsbedarf aufweisen, werden als Ganzes im erforderlichen Umfang überarbeitet.

- Textliche Korrekturen erfolgen durch Streichung der Bestandstexte und Ergänzung von Ersatztexten in blauer Schrift. Umfangreichere textliche Korrekturen erfolgen durch Streichung der Bestandsabsätze und Ergänzung neuer Absätze in blauer Schrift. Die neuen Texte folgen immer auf die Streichungen.

- Der Austausch von Abbildungen erfolgt unter Umrandung und Auskreuzung der vorhandenen Abbildung und Einfügen der Ersatzabbildung mit einer blauen Umrandung. Die Ergänzung von Abbildungen erfolgt durch Einfügen der neuen Abbildung mit einer blauen Umrandung und Ergänzung einer neuen Bildunterschrift in blauer Schrift. Die neue Abbildung wird indiziert („a“ etc.), damit die Nummerierung der vorhandenen Abbildungen unverändert erhalten bleibt. Die ersatzlose Löschung von Abbildungen, soweit nicht vermeidbar, erfolgt durch Einfügen einer blauen Umrandung und Auskreuzung der vorhandenen Abbildung.
- Korrekturen von Tabellenwerten folgen den formalen Anforderungen für Texte: Streichung der Bestandswerte und Ergänzung von Ersatzwerten in blauer Schrift. Die Ergänzung von Tabellen folgt den vergleichbaren formalen Anforderungen für Abbildungen. Die ersatzlose Löschung von Tabellen, soweit nicht vermeidbar, folgt den vergleichbaren formalen Anforderungen für Abbildungen.
- Durch die Planänderung berührte Pläne werden im Plankopf mit „Planänderung“ in blauer Schrift gekennzeichnet. In der Planlegende ist unter der Überschrift eine allgemeine Symbolerklärung für Änderungen (in blauer Farbe) ergänzt. Geänderte oder neu hinzukommende Planinhalte sind in blauer Farbe gezeichnet. Bei einer neu hinzukommenden oder in der Bedeutung geänderten Flächenkennzeichnung mit einer gemäß der Planlegende zugewiesenen Bedeutung sind die Umrandung und die Füllung gemäß Legende gezeichnet und zusätzlich mit einer blauen Linie umrandet. Nicht mehr zutreffende Umrandungen und Flächenfüllungen entfallen ersatzlos.

Gemäß der nach § 9 Abs. 1 Nr. 2 UVPG für den gegenständlichen Änderungsantrag durchgeführten UVP-Vorprüfung (s. Anhang 01 zu diesem Erläuterungsbericht) besteht keine UVP-Pflicht und somit auch kein Anlass, einen UVP-Bericht für die beantragte Änderung zu erstellen.

3.3 Planänderungen

Die mit der Planänderung II eingebrachte Planänderung wird den nachstehenden, übergeordneten Themen zugeordnet.

Der vorliegende Erläuterungsbericht zur Planänderung II (A00) wurde im Zuge der Erstellung der Planänderung II neu erstellt.

3.3.1 Übergeordnetes Thema 1: Anpassung der Kabellagen im Bereich geschlossener Querungen mit einhergehenden Änderungen des Schutzstreifens

Die Tabelle 1 gibt einen Überblick über die Teile des Plans und der Unterlagen gemäß § 21 Absatz 1 NABEG, die von der Planänderung zum Thema 1 inhaltlich berührt werden.

Tabelle 1: Übersicht der zum übergeordneten Thema 1 geänderten Planfeststellungsunterlagen

Teil	Anhang/ Anlage	Bezeichnung	Bereich*
C06	Anlage 01	Lageplan	Blatt 07, 12, 13, 14, 15, 16, 21, 28, 29, 32, 33, 36
D02	REV D02.1 Bau und Betrieb	Rechtserwerbsverzeichnis	-
D03	Anlage 01	Rechtserwerbsplan	Blatt 06, 07, 12, 13, 14, 15, 16, 21, 27, 28, 29, 32, 33, 36
E01	-	Elektrische und magnetische Felder	Kap. 4.3.1 Tabelle 55; Kap. 4.3.3

Die Planänderung II betrifft die folgenden 12 Querungen in geschlossener Bauweise:

1. H-D2-40-009-V0 | Bahra
2. H-D2-41-006-V0 | Biotope, NES3
3. H-D2-41-007-V0 | Ebersbach
4. H-D2-41-009-V0 | Strasse
5. H-D2-41-010-V0 | NES15
6. H-D2-41-011-V0 | Forst Bildhausen
7. H-D2-42-008-V0 | Biotop (VVT)
8. H-D2-43-001-V4 | Neue Strasse (SW19)
9. H-D2-43-005-V4 | Gewässer, Wald
10. H-D2-43-015-V4 | B303
11. H-D2-43-016-V4 | Biegenbach (Euerbach, Asbach)
12. H-D2-43-019-V4 | St2277

Es erfolgte eine Anpassung von mehreren Blättern der Anlage 01 „Rechtserwerbsplan“ des Teils D03 „Rechtserwerbsplan und Rechtserwerbsverzeichnis“ (Auflistung der Pläne siehe Tabelle 1), da sich bereichsweise die Betroffenheiten durch den Schutzstreifen ändern. Aufgrund veränderter Flächeninanspruchnahmen durch den Schutzstreifen wurde auch der Teil D02 „Rechtserwerbsverzeichnis“ angepasst. Eine Änderung der Nutzung ist durch die Änderung des Schutzstreifens in den betrachteten Bereichen aufgrund der geschlossenen Bauweise nicht erforderlich.

In einem Fall ergibt sich durch die Anpassung der Kabellage eine Betroffenheit eines Flurstückes (Flurnummer 01453, Gemarkung Rödelmaier), welches bisher nicht durch das Vorhaben betroffen ist.

An den C06 Lageplänen wurden, begründet durch mittlerweile detailliert vorliegende Erkenntnisse zum Baugrund - vor allem aus kabel-thermischen Gründen - Anpassungen an den Kabelachsabständen der geschlossenen Querungen vorgenommen. In den vorliegenden Fällen ist es für den Betrieb des Vorhabens notwendig, den Kabelachsabstand zu erhöhen. Da die Austrittorte der Bohrungen für die Kabel somit weiter auseinander liegen, ergeben sich unter Berücksichtigung der notwendigen Biegeradien ggf. zusätzlich Änderungen auf die Bereiche der Antrassierung zu den Querungen. Hinzu kommen Anpassungen der Kabeltiefe und des Schutzstreifens im Bereich der Querung und des Übergangsbereichs zur offenen Bauweise.

Die Unterlage C07, Kreuzungspläne – im Fall dieser Planänderung die Anlagen 05/Blatt 01, 09/Blatt 01, 15/Blatt 01, 18/Blatt 02 – wird nicht angepasst. Im Zuge der Übergabe der Ausführungsplanung an die Genehmigungsbehörde werden die Pläne durch den gleichen Darstellungsumfang obsolet.

Der Teil E01 „Elektrische und magnetische Felder“ wurde im Rahmen der Planänderung II angepasst. Zum einen erfolgte eine Aktualisierung der Entfernungsangaben zum maßgeblichen Minimierungsort Nr. 2 bei Geldersheim (Kap. 4.3.1). Zum anderen wurde die maximale magnetische Flussdichte bei der Bewertung der Verhältnismäßigkeit der Minimierungsmaßnahme „Optimierung der Verlegetiefe“ aktualisiert (Kap. 4.3.3).

Nach § 9 Abs. 1 Satz 2 UVPG ist bei Änderungen von UVP-pflichtigen Vorhaben eine Vorprüfung durchzuführen. Die UVP-Pflicht besteht, wenn diese Vorprüfung ergibt, dass die Änderung erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen hervorrufen kann. Dies ist bei der verfahrensgegenständlichen Planänderung II nicht der Fall. Die vorgenommene Vorprüfung hat ergeben, dass erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen nicht zu erwarten sind. Für Einzelheiten wird auf Anhang 01 zu diesem Erläuterungsbericht verwiesen.